

Saale-Zeitung.

werden die 6 gehaltenen Aufstellungen über deren Raum mit 80 Pfg. berechnet und in anderen Anzeigenstellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen.

Erscheint täglich zweimal Sonntag und Montag einmal

Schreibleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis Die Halle einschließlich der postmässigen Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk., wofür die Zustellungsgebühren beizuliegen werden von allen Subskribenten angenommen.

Abdruckverpflichtung für den Jahrgang.

Nr. 332.

Halle, Sonnabend, den 18. Juli

1914.

Die Abschaffung des Moralunterrichts in Bayern.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Man hat es bisher stets als einen Kulturfortschritt im Sinne der größeren Gewissensfreiheit betrachtet, daß im bayerischen Schulwesen auch den Anschauungen derer praktischer Rechnung getragen wurde, deren religiöse Überzeugung außerhalb des Rahmens der konfessionellen Glaubensvorschriften liegt.

In der Kammer der bayerischen Reichsräte, die in der letzten Zeit so häufig und nicht immer erfreulich von sich reden machte, hat der Kultusminister von Knilling bekanntgegeben, daß die künftige Verordnung in den nächsten Tagen zu erwarten sei, die die Aufhebung des Moralunterrichts bringen werde.

Auch nach Wiederabschaffung des Moralunterrichts wird ja nun Bayern in bezug auf Toleranz immer noch nicht am schlechtesten unter den deutschen Bundesstaaten abschneiden. Wird es auch gegenüber dem seit dem 10. Mai 1905 bis jetzt bestehenden Zustande künftig wieder etwas freier Gesichtspunkte haben, so ist es doch immer noch ein Vorzug vor manchem anderen Schulgesetz, daß nach der Versicherung des Ministers ein Zwang zum Besuch des konfessionellen Religionsunterrichts künftig nicht ausgesetzt werden soll.

lich erst recht problematisch wird. Denn was verpricht man sich für gute Wirkung davon, wenn die freireligiösen Kinder nun weder Moral- und Konfessionsunterricht empfangen? Aller Wahrscheinlichkeit wird man der neue Kampf gleich hier wieder einsehen, und wenn man einmal das Prinzip des Grafen Arco-Zinneberg anerkennt, daß es keine Gewissensfreiheit für den einzelnen geben soll, so ist die Bahn zu weiteren Einengungen der individuellen geistigen Bewegungsfreiheit natürlich geöffnet.

Noch problematischer wird der Wert der Aufhebung jener Genehmigung von 1905, wenn man folgendes bedenkt. Eine Freiheit, die man aus irgendwelchen Gründen nicht gewährt, macht manche Anträge, aber schließlich findet sich das Volk mit ihrer Verjagung ab. Eine Freiheit aber, die schon zugetan und jahrelang in Übung war, die wird zehnfach schwerer entbehrt und schafft nicht nur Unruhe, sondern tiefergehende Verbitterung selbst über die nächstbeteiligten Kreise hinaus.

Ueber Vorzüge oder Mängel des Moralunterrichts sich auszulassen, ist hier nicht der Ort. Wo er im pantheistischen Sinne erteilt wird, kann er sich immerhin auf erlauchtere Namen der deutschen Geistesgeschichte berufen. Daß er atheistisch und materialistisch wirkt, gibt der Kultusminister selbst nur für einen Teil der Lehrer zu. Ob es nun wirklich das Schlimme war, hier gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten, da doch schließlich gegen den konfessionellen Unterricht namentlich von bedeutenden Philosophen, Theologen und Pädagogen auch die schwerwiegendsten Kritiken laut wurden, ohne daß man deshalb das Heil einfach in radikaler Beseitigung sucht: das erscheint immerhin der Überlegung wert.

Und dann der Hinweis auf den Wissensaus-tausch der Kinder: der wird doch mit dem Verschwinden des Moralunterrichts ganz gewiß nicht aufhören, so wenig, wie er mit ihm etwa erst begonnen hat. Wenn die Kinder einmal selbst zu denken anfangen, dann gibt es noch viele andere Quellen, außer den Schulbüchern, aus denen sie ihre mehr oder weniger reifen und unreifen Gedanken schöpfen. Das durch die Abschaffung des Moralunterrichts verbitterte freireligiöse Elternhaus vor allem wird nun erst recht alles aufbieten, auch durch seine Kinder schon den konfessionellen Lehmeinungen nach Kräfte entgegenzuwirken. Und der Gesamtgeist der Zeitkultur läßt sich sowieso nicht von der Schulbank aus machen.

Es ist sehr wünschenswert, daß dem verfallenden Materialismus unserer Tage entgegengetreten werde, darüber sind sich die besten Geister der Zeit einig. Und die rein negative, fahle Kritik an allen überlebten religiösen Verbindungen wird gewiß kein Vernünftiger aufheben. Ob aber der jetzige bayerische Kurs der nächste Weg zur Erneuerung

des religiösen und idealen Sinnes zugleich in der unentbehrlichen Verbindung mit dem vollen Verständnis aus für die Werte und Aufgaben der modernen Kultur ist, darüber werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Gutachten der nicht-bayerischen philosophischen Fakultäten etwas anders ausfallen als die der bayerischen.

Zwischen den Schlachten.

Die große Sisy ist also schuld daran, daß die Konfessionen in Lobiau-Wehlau mehr denn 900 Stimmen verloren haben. So verändert die „Kreuzzeitung“ und ganz ähnlich macht das Hauptorgan der Bündler die Entzartbeit für die verhältnismäßig geringe Beteiligung der ländlichen — lies: konfessionellen — Wähler verantwortlich. Auch hätte, so tröstet sich die „Deutsche Tageszeitung“ weiter, wohl mancher Wandwrt seine Stimme für diesen Wahltag für entbehrlich gehalten, da wenig Aussicht für eine Entscheidung in der Hauptwahl vorhanden war.

In Wahrheit liegen die Dinge gerade umgekehrt, als die Agrarkonfessionen sie jetzt darstellen. Daß der Wahltermin so frühzeitig mitten in der Ernte angelegt wurde, das entsprach dem Wunsche der Konfessionen. Denn die Entzartbeit ist ja auch die Parteienzeit, in der gerade viele Angehörige der ländlichen Berufs, die im „Verdachte“ liberaler Gesinnung zu stehen pflegen, vereinzelt sind. Außerdem führt der Hofkommer viele Bauarbeiter und Fischer, die in dem Wahlkreis wohnen, aufwärts ihrer Heimat. Diese Bauarbeiter und Fischer wählen aber zum guten Teil fortschrittlich oder gar sozialdemokratisch. Das hat die „Kreuzzeitung“ selbst in einer — wie sie sich jetzt wiederholt — schmerzlichen Stunde verlesen. Sie erklärte nämlich einen konfessionellen Sieg schon im ersten Wahlgange für möglich, weil jetzt in diesen Tagen die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Bauarbeiter und Fischer fern der Heimat leben. Von Belgarnissen ab der Entzartbeit war in diesen Worten des konfessionellen Hauptorgans nichts zu entdecken. Die kamen erst hinterher, als die Hoffnung vernichtet war, schon auf den ersten Anblick zu liegen.

Trotzdem enthält jener Hinweis auf die Entzartbeit eine Mahnung auch für die Liberalen. Die Konfessionen werden jetzt mit Hochdruck arbeiten, um die Stimmten zur Wahlurne heranzuschleppen. Sie werden denken, was ihnen 1912 gelang, werde ihnen auch diesmal gelingen. Wohl sind diesmal die Konfessionen gegen Fortschrittler und Sozialdemokraten zusammen um 600 Stimmen im Rückstand, während es 1912 nur etwa 450 waren. Wohl sieht ihnen die den Wählern von Lobiau-Wehlau ohne Zweifel sehr sympathische Persönlichkeit des Obersten v. Massow. Aber noch sind genug Parteien vorhanden, um aus ihnen schlagkräftige Bataillone zu bilden, die den Liberalen noch im letzten Augenblick den Sieg entreißen können. Noch wird aus alles versucht werden, die Sozialdemokraten von der restlosen Unterfertigung des Fortschrittlers Wagner abzubringen. Diese Kleinagitation, welche jetzt die Liberalen mit gleicher Mühe entfalten werden, müssen die Liberalen mit gleicher Mühe heimzahlen. Es wird nicht leicht sein. Denn Landrat, Amtsverwalter, Gutsherr und Gendarm wirken mit vereinter Kräften, die Wähler von Lobiau-Wehlau vor liberaler Anziehung zu schützen. Aber wenn die Liberalen alle ihre Pflicht tun, so wird es doch möglich sein, das konfessionelle Banner in dem streitkräftigen Wahlkreis wieder herunterzuholen.

Feuilleton.

Berliner Brief.

Die Sisy. — Wasser! — Die drohende Poligkeit. — Ein Wollenträger?

Ein Gutes haben die Gasse des Klimas gewiß: sie erinnern den Menschen daran, daß es noch so etwas wie eine „Natur“ gibt. Besonders der Großstädter hat diese erzieherische Einwirkung sehr nötig. Es soll damit nicht einmal an das berühmte Kartoffelfeldt gedacht sein: diese Art von Naturfremdheit ist am Ende erklärlich. Wie kommt es aber, daß der Großstädter nicht einmal die wiederkehrenden kosmischen Vorgänge um ihn bemerkt, von deren Beobachtung ihn auch seine Wohnweise nicht ausschließt. Gerade auf diesem Gebiet ist seine Stumpfheit erstaunlich. Allenfalls hat er bemerkt, daß im Sommer die Tage länger sind als im Winter; daß die Mittagssonne je nach der Jahreszeit hoch oder niedrig steht, weiß er schon kaum. Er fährt nach dem Süden, ohne zu bemerken, daß hier die Sommertage kürzer sind als daheim. Die Windrichtung kümmert ihn nur, soweit er Segler oder Ballonfahrer ist. Das übrige ist ihm — Anämie. Das ändert sich ein wenig, wenn Kälte oder Hitze einen ungewöhnlichen Grad erreichen. Das Klima erzwingt sich Beobachtung. Die Wetterauslagen, manchmal sogar die Wetterarten werden publiziert, es gilt nicht mehr als verboten, vom Wetter zu sprechen (wie es sonst, zur Unzehr einer Menschheit, die sich nur mit irdischen Dingen befassen mag, wehoben ist. . .). Sisygrade werden genannt; sie stimmen zwar nicht mehr nur als Besetzungsbegriff im Bewusstsein des Großstädters. Luft, Licht, Benützung, Temperatur werden (auf kurze Weile) Menschenheit. . . fast im Range der uns allen tueren Sozialpolitik.

Wasserverbrauch: nicht weniger als 600 000 Kubikmeter Wasser schlingt täglich die heiße Millionenstadt ein. Das ist ein ganz anständiger kleiner See von fünfzehnter Metern Länge und Breite und zwei bis drei Meter Tiefe. . . Erst jüngst hat man berechnet, daß schon im Jahre 1912 die Stadt Berlin allein zum Straßenabwässern 137 Millionen Kubikmeter Wasser verbrauchte. Dafür ist auch die bürtere Zeit leiblich kauftehr. Wer in kaltenischen Großstädten die Trockenlegung genö, weiß es zu würdigen.

Tedenfalls wäre es unbedachte Sorge, wenn wirklich, wie die Berliner Hotels zu befürchten scheinen, die Fremden sich durch Hygienemächtigern vom Besuch der Hauptstadt abschrecken ließen. Sie werden's wohl auch nicht tun. Entzart ist eine andere Sorge des Gastwirtschaftsberufes: die Poligkeit. Es scheint doch mehr im Werke zu sein, als anfangs, nach total-offiziellen Berühigungsnotizen, schien. Herr von Ribell scheint uns den Schlaf vor Witternack gewaltigam besorgen zu wollen. Wird er ernst machen? Vorläufig haben sich die Interessierten zusammengefaßt, um zu protestieren; Kundfragen laufen aufgeregt durch die Zeitungsblätter, die Gastwirte, Cafesteller, die Direktoren der Straßenbahn und der Hochbahn legen sich zur Wehr: es ist ein allgemeines Schütteln des Kopfes. Wogu das alles? Man sollte gar nicht erst nötig haben, auf die Unanglichkeit alles Reglements zur Bekämpfung des „Lagers“ hinzuweisen. Vergleichlichen sollte ganz außer Betracht bleiben, denn das „Lager“, oder was immer hie so schimpfen läßt, ist an keine Stunde gefestelt. Man denkt an die hübsche Sprichwortverflechtung, derzufolge Morgenlände aller Völker Anfang ist. . .

Vielleicht macht es das Wetter, daß die Proteste ziemlich matt bleiben. Sonst aber regt es sich, trotz der Wärme. Berlin, das für sein Leben gern ein zweites Newyork sein möchte, scheint auf dem Wege, sich einen alten Wund zu erfüllen: es bekommt seinen ersten Wollenträger. Wollenträger heißt weniger. Für den Ausbau des Geländes um den neuen Friedrichstragenbahnhof befehlen jetzt drei Pläne. Der älteste, der Plan des Herrn Carlhisen Nielsen, der dicht gegenüber der Ränge des Bahnhofs ein Krutentier bauen, die Entwässerung von einem Pariser geizhen und das Ganze in „Kaffisch-französischem Stil“ errichten lassen wollte, scheint fast

eingelagt. Mehr Ausflüchten hat das Projekt des Zweedverbandes. Nach dessen Abicht soll ein weiträumiger Platz geschaffen und auf dem verbleibenden Boden ein monumentales Geschäftshaus errichtet werden: eben der „Wollenträger“. Sieben Stadwerke in der Mitte, je fünf an den Seiten, das Ganze flankiert von zwei sechshöckigen Türmen. Warum nicht? Auch das Amerikanertum ist freilich aus zweiter Hand, es ist in der Berliner Hofhülle aus nicht ganz das Geste (dann wir fangen an, einen Baustil zu haben); immerhin ist es nie härter in uns, als etwa der „Kaffisch-französischer“ oder der künftigen akademische Stil. Berlin hat den Wollenträger nicht herzergebracht. Aber es hat manches, denn der Wollenträger ein natürlicher Ausdruck wäre.

Wann soll man essen?

Professor Bergonzi in Bordeaux, der bekannte Gelehrte, dem wir eine Reihe interessanter Studien über die Ausgabe menschlicher Energie verdanken, hat sich neuerdings mit der Frage beschäftigt, ob die derzeitige Beurteilung der Essenstunde, wie sie die Tradition eingebürgert hat, den Geboten der Forderung einer vernünftigen Lebensweise entspricht. Ueberzeugt, daß diese Frage bei der Unterfertigung des Ursprungs der Ernährungsfragen noch nicht die nötige Aufmerksamkeit gefunden hat, Bergonzi leoben der Pariser Akademie der Wissenschaften eine Denkschrift unterbreitet, die den Beweis erbringen will, daß die Dispositionen zur Energie zu jeder Tagesstunde vom Wechsel der jeweiligen Erfordernisse abhängig ist.

Bis jetzt hat das Auf und Ab dieses Wechsels noch keine feste wissenschaftliche Bestimmung erfahren. Nimmt man ein Individuum, dessen Lebensweise bekannt und regelmäßig ist, untersucht man sich der Tatsache, daß es in denselben Tagesstunden das gleiche Gewicht aufweist, trifft man ferner die geeigneten Vorkehrungen, damit sich das Individuum in denselben Zeiten auch in der gleichen körperlichen Leistung befindet, so kann man auf Grund dieser Kenntnisse versuchen, die Kurve der Bedürfnisse des Individuums an Energie für jede Stunde auszugleichen, genau so wie man

Die Milch- und Rahmeinfuhr 1913.

Anfänglich der Blüte der Landwirtschaft, die der Umgestaltung in der Volkspolitik vornehmlich acht Jahren heraufgeführt hat, wagen es unsere Agrarier doch nicht so recht, ihren sonst so heiligen Euzenktast zu scheitern. Ueber mehr oder minder verfeimte Andeutungen sind sie in dieser Hinsicht noch nicht herausgetreten. Da sie ihre Agitation doch aber immer in Schöpfung halten müssen, beschließen sie sich außer mit dem Seesfisch, an dem eigentlich nur Dr. Dietrich Hahn als Bewerber um das Reichstagsmandat des Wahlkreises Lehe-Gemeinde ein Interesse hat, besonders mit dem Gemüsell und einem Zoll auf Milch und Rahm. Ohne Milch- und Rahmzoll ist jeder Versuch, die Milchpreise nach Belieben in die Höhe zu schrauben, aussichtslos, wie es die Agrarier im letzten Jahrzehnt mehrfach haben erfahren müssen, und deshalb drängen sie immer von neuem darauf, daß die Zollfreiheit und ihre Bindung, die in den Handelsverträgen enthalten ist, bei der nächsten Gelegenheit beseitigt werden.

Die Ermittlungen der Einfuhrstatistik für das Jahr 1913 sind nun nicht einmal geeignet, die Wünsche der Agrarier zu unterstützen. Die Einfuhr von Rahm ist zwar von 419 495 auf 443 745 Doppelzentner gestiegen, diejenige an Milch dagegen von 430 274 auf 327 895 Doppelzentner zurückgegangen. Besonders auffallend ist, daß gerade die Einfuhr von Milch aus Dänemark ganz beträchtlich abgenommen hat, indem von dort nur noch 19 868 Doppelzentner gegen 118 905 Doppelzentner im Vorjahre kamen; auch diejenige aus Frankreich ging zurück (von 54 449 auf 53 740 Doppelzentner), während Österreich-Ungarn (50 855 gegen 45 363 Doppelzentner), Rußland (39 885 gegen 37 590 Doppelzentner) und die Schweiz (161 841 gegen 142 323 Doppelzentner) ihre Einfuhr nach Deutschland steigern konnten. Die Einfuhr von Rahm aus Dänemark hat sich kaum verändert (350 730 gegen 349 683 Doppelzentner), diejenige aus Rußland ist sogar von 27 201 auf 22 520 Doppelzentner zurückgegangen, während sie sich aus Schweden von 41 421 auf 70 005 Doppelzentner gehoben hat. Daneben ist die Einfuhr an Milchbutter von 555 530 auf 542 394 Doppelzentner gestiegen, diejenige an Hartkäse dagegen von 194 991 auf 242 586 Doppelzentner gestiegen.

Wenn nicht die nächsten Jahre eine erhebliche Steigerung der Milch- und Rahmeinfuhr bringen sollten, sind die Aussichten für die agrarischen Wünsche recht gering. Wenn sie nicht einmal mit ihr festgen können, haben sie schon von vornherein gar keine Aussicht, einen Erfolg zu erringen.

Deutsches Reich.

Der fortschrittliche Sieg in Koburg.

Koburg, 18. Juli. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Bei der Stichwahl im Reichstagswahlkreise Sadten-Coburg-Gotha wurden von 17 123 Wahlberechtigten 14 970 Stimmen abgegeben. Es erhielten Fabrikant Arnold (Fortschrittsp.) 9178 Stimmen, Rechtsanwalt Hofmann (Soz.) 5792 Stimmen. Arnold ist somit gewählt.

Die Sozialdemokratie hat also in der Stichwahl 41 Stimmen mehr erhalten als im ersten Wahlgang, der fortschrittliche Kandidat Arnold hat außer den Stimmen, die im ersten Wahlgang dem national-liberalen Kandidaten Dr. Stoll zugefallen waren, noch einen Zuwachs von 65 Stimmen erhalten.

Durch die Wahl Arnolds ist eine Verschiebung in der Stärke der Parteien insofern eingetreten, als die Fortschrittler und die National-liberalen jetzt gleich stark sind.

Nunmehr stellt sich die Stärke der Parteien wie folgt dar:

Partei	Stimmen	Partei	Stimmen
Fortschrittler	45	Deutschnationale	42
National-liberaler	45	Frischkonservative	11
Sozialdemokraten	111	Antisemiten	30
	201	Antisemit	91
		Weisen, Dänen	6
		Schwarz-Weißer	9
		Polen	18
			187

Hierzu kommen noch bayerische Bauernbündler und Wilde mit 9 Mandaten, die zum größten Teil wohl auch der Rechten zuzurechnen sind, und das Mandat in Labiau-Wehlau, um das in der Stichwahl gerungen wird und das hoffentlich den Fortschrittlichen zufällt, die damit die zweitstärkste bürgerliche Fraktion würde.

Die Kaiserparade des 3. Armeekorps.

Nach ebnünftigen Beitimmungen wird die Kaiserparade des 3. Armeekorps am 8. September in der Nähe von Köslitz stattfinden. Der Kaiser wird am Vormittag des 8. Sept. in Köslitz einziehen. In seiner Begleitung werden 6. Sept. finden die Kaiserin, das Kronprinzenpaar, Prinz Eitel Friedrich, Prinz Oskar und Prinz August Wilhelm. Außerdem werden der Parade beizugehen: der König von Griechenland, Kriegsminister von Italien und ungefähr 40 ausländische Offiziere. Die Gesamtstärke der Paradeabteilungen wird 40 000 Mann betragen.

Gegenbruch eines deutschen Geschwaders in England.

Der „Franks. Jtg.“ wird aus Kiel gemeldet, daß das dritte deutsche Geschwader nach Beendigung seiner Sommerübungen alsbald den vor kurzer Zeit von einem englischen Geschwader in Kiel abgeleiteten Besuch in einem Kriegsschiffen Englands erwidern werde. Nähere Mitteilungen sind aber noch nicht zu erlangen.

Die Fiskalereigeschmission des Abgeordnetenhauses.

beendet heute die erste Lesung. Das in § 122 der Vorlage vorgesehene Weiterbestehen der Provinzialsteuern für Mecklenburg und die Rheinprovinz betr. die Fiskalerei der Ufer-eigentümer in den Privatflüssen dieser Provinzen sowie des Provinzialsteuern für die Provinz Hannover betr. die sogenannte Koppelsteuern wurde aufgehoben. Auf Grund der genannten Gesetze soll aber bis zum Inkrafttreten des Fiskalereigesetzes auch den Fiskalereipächtern und Inhabern von Erlaubnisflößen das Uferbetriebsrecht zuteilen, und es sollen die Fiskalereibezirke, die kraft der genannten Gesetze bereits gebildet sind, bestehen bleiben und die Verwaltung der Angelegenheiten der gemeinschaftlichen Fiskalereibezirke auf den Gemeindevorsteher gemäß § 78 des Fiskalereigesetzes übergeben. — In der von der Kommission beschlossenen Fassung des Gesetzes wurde eine konservative Resolution angenommen, die die Berücksichtigung von Gemeindeangehörigen bei Verpachtung von fiskalischen, in Gemeindebezirken liegenden Fiskalereigewässern in erster Reihe verlangt, und zwei Resolutionen des Zentrums, von denen die eine die Anstellung staatlicher Oberfiskalereier in Hauptamt mit fachlicher und naturwissenschaftlicher Bildung, die andere bei der Neuorganisation des Strafrechts strengere Beitreibung der Wildfiskalerei und Beschlagnahme der dabei benutzten Geräte verlangt.

Die Feststellung des Beschlusses über die erste Lesung wird am 6. August erfolgen; die zweite Lesung beginnt am 8. Oktober.

Anträge der Anstellungscommission im Landkreise Schwyz.

Die Anstellungscommission erwirbt das Rittergut B o s o bei Schwyz und ein zu Schwyz gehöriges Wiesengrundstück. Mit diesem Ankauf wird ein besonderer Wunsch der deutschen Ostmarken in Schwyz erfüllt, da von polnischer Seite aus wiederholt Verträge gemacht wurden, die betreffen, vor den Zoren der überwiegen deutschen Bevölkerung belagerten Grundstücke zu erwerben.

Zum Verfassungstret im meiningischen Landtage.

Der neue Herzog von Meiningen hat die Landtagsabgeordneten des Herzogtums Meiningen zu einer außerordentlichen Landtagsitzung, die die Schuldgeld des Landtags und die Verlegung der ersten Thronrede zum Zweck hatte, in sein Schloß eingeladen. Von den 24 Abgeordneten sind 9 Sozialdemokraten, und diese sind der Einladung nicht gefolgt. Sie beantragen, eine Landtagsitzung sei nur dann gültig, wenn sie im Landtagsgebäude abgehalten werde; die Sitzung im Schloß sei ein Verstoß gegen die Verfassung. Wir haben schon mitgeteilt, daß diese Auffassung durch die Geschäftsordnung nicht begründet werden kann. Nunmehr erklärt auch der Präsident des Landtages in der „Dorfzeitung“:

„Weder in Artikel 107 noch in einer sonstigen Bestimmung der Verfassung, noch in einem anderen Gesetz ist gesagt, daß der Landtag gerade in das Landtagsgebäude einzuberufen sei. Mohin der Herzog den Landtag zusammenberufen will, ist ihm vielmehr gesetzlich völlig frei, und wenn er ihn diesmal in das herzogliche Residenzschloß einberufen hat, so war das sein gutes Recht. Auch im Jahre 1866 ist der Landtag zur Entgegennahme der verfassungsmäßigen Erklärung des Herzogs und zur Schuldgeldung in das herzogliche Residenzschloß eingeladen worden und niemand hat meines Wissens daran Anstoß genommen.“ Der Präsident verzichtet sich weiter gegen den Vorwurf, bei einer Einladung nicht die nötige Rücksicht auf die Würde der Abgeordneten genommen zu haben. Sätze man rechtzeitig gegen die Sitzung im Schloß ein-

spruch erhoben, so würde er kein Bedenken gehabt haben, dem Einsprüche Rechnung zu tragen.“

Damit würde wohl der Streit erledigt sein, wenn nicht die Beschlüsse in Frage käme, wonach mindestens 20 Abgeordnete bei der Konstituierung anwesend sein müssen. Es waren nämlich im Schloß nur 15 erschienen.

Ueber die Einbringung eines Reichs-Stromerzeuggesetzes erzählt die „Magdeburger Jtg.“, daß damit zunächst noch nicht geredet werden kann. Die Bestimmungen in Preußen gehen dabei, einem Installationsmonopol und einem Materialmonopol der Elektrizitätsgesellschaften entgegenzusetzen, denn zurzeit ist gesetzlich kein Mittel vorhanden, allgemein solche Monopole zu verhindern. Sie können nur ausgeschlossen werden, wenn von den Elektrizitätsanlagen Enteignungsrechte verlangt werden. Dies geschieht dann unter der Bedingung, daß keine derartigen Monopole eingeführt werden, ferner sind keine gesetzlichen Handhaben vorhanden, um auf die Preisgestaltung auszuwirken, was für die Zukunft von ganz besonderer Wichtigkeit ist, da die Benützung der elektrischen Energie immer mehr zunimmt. Die Regierung nimmt ein Interesse daran, daß für die Konsumenten, insbesondere für die kleinen Leute, billige Preise geschaffen werden, damit die Elektrizität ihnen möglichst weitgehenden wirtschaftlichen Nutzen bringen kann. Es handelt sich also im wesentlichen um einen Eingriff in die Gewerbefreiheit und um eventuelle Einführung der Konzessionspflicht, vorüber durch Verhandlungen schieben, die aber nur langsam Fortschritte machen können, da sie diesseitige wirtschaftliche Interessen berühren.

Neue Steuern und letzte Steuerquellen in Bayern. Bei der Beratung des Gehelnturrs über die Erhebung eines Zuglages zur Reichserbschaftsteuer im darwinischen Reichstag gab Finanzminister von Brunnung die programmatische Erklärung ab, daß die weitere Gestaltung der Finanzgesetzgebung in Bayern darauf angewiesen sei, da und dort keine Steuerquellen zu finden, die die größeren Quellen schon ausgiebig in Anspruch genommen seien. Neue Steuern und Abgaben in Bayern sind damit angeknüpft, jedoch ist nach der ministeriellen Erklärung eine Erhöhung der direkten Einkommensteuer für die nächsten Jahre ausgeschlossen.

Aus dem roten Landtag. Im Rudolstädter Landtage hatte die Regierung beim Verkauf der polsteinischen Kammergüter vorausgesetzt, daß die Abgeordneten bis zum Inkrafttreten des neuen Kammergutsgesetzes die Einnahmen der Hofkasse um jährlich 60 000 M. erhöhen würden. Das hatte der Landtag einstimmig abgelehnt, und der Staatsminister erwiderte, daß der Landtag und das Land die Folgen dieses Beschlusses zu tragen hätten. Also eine Drohung mit dem Konflikt. Nachträglich scheint die Regierung aber doch auf der Einsicht gekommen zu sein, daß es besser ist, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben; sie hat deshalb den Kaufvertrag sanktioniert, ohne daß die Kameralrente erhöht worden ist. Für das Zustandekommen des neuen Kammergutsgesetzes im Herbst dürfte diese nachgiebige Haltung der Regierung von gutem Einfluß sein.

Die Auswanderung in der Bauh. Von Freitag abend 5 1/2 Uhr ab sind in 350 Vertikalbetrieben der Niederlausitz 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgepferd.

Parteinachrichten.

Zur Stichwahl in Labiau-Wehlau

werden wir am die Veröffentlichung des nachstehenden Aufwandes erlaut:

Die Reichstagsstichwahl im Kreise Labiau-Wehlau hat zur Stichwahl zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und den Konservativen geführt. Wegen die letzte Wahl haben die Konservativen und die Sozialdemokraten an Stimmen verloren; nur die Fortschrittliche Volkspartei hat einen erfreulichen Stimmengewinn zu verzeichnen, obwohl die Wahlbeteiligung schwächer als früher war. Jetzt gilt es, den im heißen Wahlkampf erzielten Erfolg in der Stichwahl zu sichern. Die Konservativen setzen alle Hebel in Bewegung, um im letzten entscheidenden Ringen dem Liberalismus den Sieg zu entreißen. Die Volksparteien müssen die volle Kraft einsetzen, soll der Wahlsieg erkauft werden. Weitere Geldmittel für den Wahlkampf sind erforderlich. Wir danken allen Freunden, die durch wirksame finanzielle Unterstützung zum Erfolge der Hauptwahl beigetragen haben, und vertrauen darauf, daß für die Stichwahl die Opferfreudigkeit der Parteigenossen sich erneut bewähren wird. Beiträge sind an das Zentralbureau der Fortschrittlichen Volkspartei, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 6, zu richten.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei.

Aus den Kolonien.

Die Ablösung der französischen Konzeptionsgesellschaft in Neukamerun. Die Kolonialverwaltung hat mit den 4 in Neukamerun bestehenden Konzeptionsgesellschaften einen Vertrag abgeschlossen, wonach diese Gesellschaften auf ihre Rechte verzichten und dagegen eine jährliche Rente aus dem Eigentum erhalten, die im höchsten Falle 1 Prozent des bisherigen Konzeptionsgebietes betragen kann. Zu diesen Bedingungen auf Ablösung waren die Gesellschaften nur bereit, wenn ihnen gestattet wird, selbst geeignetes Land im Küstengebiet von Kamerun auszuweisen. Dem stimmte das Kolonialamt unbegriffenerweise zu. Gegen dieses Zugeständnis ist aber entschiedener Einspruch zu erheben. Die französischen Gesellschaften haben so gut wie nichts für ihre Konzeptionsgebiete getan. Die Schlaftrankheitsgebiete überließ man den französischen Konsuln, die Franzosen aber können sich nicht ausweisen, das der verstorbenen Seuche nicht ausgeliefert gewesen ist. Das Richtige wäre, man gäbe den Gesellschaften, selbst wenn es etwas größere Gebiete sein müßten, ruhig die von ihnen vernachlässigten Schlaftrankheitsgebiete und zwänge sie, hier geordnete Verhältnisse zu schaffen und das Verfallene nachzuholen.

Hof- und Personalnachrichten.

Beamtenwechsel im Reichskolonialamt.

M. p. Unterstaatssekretär Dr. Conze, der sich seit einiger Zeit zur Untersuchung der Dual-Enteignungsangelegenheit in Kamerun aufhält, wird bald nach seiner Rückkehr nach Deutschland in den vorläufigen Ruhestand treten. Dr. Conze war seinerzeit durch den Staatssekretär v. Lindquist in der Beförderung zum Unterstaatssekretär durch den in des Amt gehalten, dann so plötzlich verstorbenen Mecher Bürgermeister Köhmer übergegangen worden. Erst nach Köhmers Tode hat ihn Dr. Golt in seine letzte Stellung befördert.

die Bedürfnisse an elektrischer Energie des Stromnetzes einer Stadt durch große Linien weit umfassen kann. Man weiß, daß 80 Prozent der irdischen Energie in Form von Wärme sich verwirklichen, und daß andererseits die Veränderung der Temperatur der Umgebung bei dieser Verwirklichung die Hauptrolle spielt. Zeichnet man also die Kurve der Temperaturunterschiede eines Durchschnittstages auf und nimmt das Gegenstück dieser Temperaturumkehrung, d. h. das Bild dieser Kurve, wie es sich in einem zweifach angebrachten Spiegel dem Auge darstellt, so erhält man die Verteilungskurve der englischen Ausgabe eines Individuums, das an jenem Tag in das betreffende äußere Milieu gestellt ist. Diese Kurven wechseln sich nach dem Individuum, und Professor Bergoni als seinen graphischen Tafeln ein anschauliches Bild der energetischen Ausgabe von Nachtschwärmern, von Soldaten, die im Schlagen liegen, von Nachgeheimern usw. zu geben. Für den modernen zivilisierten Menschen auf dem sozialen Mittelstandniveau wandelt sich das Ausgabemaximum, das bei den Nacht zum Tage nachgehenden Zeiten festgestellt wurde, zu einem sehr niedrigen Minimum um. Denn in die Zeit zwischen 10 und 6 Uhr nachts fällt die Ruhe des Schlafes, des großen Sammelns und Erneuerung an mechanischer und kollektiver Energie. Die Ausgabe an Energie steigert sich scharf beim Erwachen und erhöht sich noch während des Anziehens, des Weggehens und der Tätigkeit außer dem Hause. Dann bringt die Erhöhung der Temperatur der Außenumgebung die Kurve zum Einlenken, zur Erreichung eines zweiten Minimums um 3 Uhr und zum Wiedersteigen auf die Höhe des ersten Minimums gegen 9 Uhr.

Die Vergleichung dieser Kurven der energetischen Ausgabe gab Professor Bergoni das Mittel an die Hand, die beste Verteilung der Stunden und die Wichtigkeit der Mahlzeiten zum Ausgleich zwischen Forderung und Befriedigung der energetischen festschließen. Auf Grund reicher Erfahrung kommt der Gesichts zu dem Schluß, daß die Stunden, die als die ungeschicktesten für die Hauptaufgaben zu gelten haben, diejenigen sind, in denen der größte Teil der Menschheit sein

Mittags- und Abendbrot einnimmt. Diese Stunden, die die Ueberlieferung für die Hauptaufgaben festgelegt hat, sind schon aus dem Grunde zu verwerfen, weil die Kurve des Energiebedürfnisses just einige Auslenkungen nach 1 Uhr und 3 Uhr nachmittags durch zwei Maxima führt. Demnach kann jede starke Mahlzeit, die der Mensch in dieser Zeit einnimmt, nur dazu dienen, die Leber zu überlasten. Will man sich den Vorurteilen einer vernünftigen Hygiene anpassen, so gilt nach Professor Bergoni als die beste Stunde für die Einnahme der Hauptmahlzeit die Zeit von 1/8 Uhr früh, eine Zeit, in der sich die Kurve der Ausgabe rapid erhöht, durch das Maximum führt und lange auf dem höchsten Niveau verbleibt. Diese Mahlzeit würde nicht nur für die nächsten 4-5 Stunden zur Speisung der Energiequelle ausreichen, sondern bringt weiterhin den ergänzenden Vorteil, daß die Leber durch die nächste Entschlackung geleert ist, wieder aufnahmefähig geworden ist. Eine zweite Mahlzeit ist dann um 4 1/2 Uhr nachmittags gut am Platz, vorausgesetzt, daß es sich um eine kleine Erfrischung handelt, die der Tee zu liefern im Stande ist. Eine dritte Mahlzeit, die man gegen 8 1/2 Uhr abends nimmt und die etwa 7-800 Wärme-Einheiten enthält, soll, vornehmlich schließlich die Ernährung des Individuums.

Professor Bergoni fügt hinzu, daß er mit diesen Verfahren der Verteilung der Speisestunden in einer Familie, die seit 6 Jahren diese präzis verfolgt, vorzügliche Resultate hinsichtlich des allgemeinen Gesundheitszustandes erhalten hat. Danach soll man also sein „Mittagsessen“ um 7 1/2 Uhr früh einnehmen, um 4 1/2 Uhr nachmittags eine kleine Vesper folgen lassen und um 8 1/2 Uhr abends die Abendmahlzeit einnehmen, wenn man sich wohl und munter erhalten will. Die Frage bleibt nur offen, ob man früh um 7 1/2 Uhr schon genügend Appetit zur Einnahme einer starken Mahlzeit hat. Denn wenigstens es sehr viele Personen gibt, die zum ersten Frühstück schon gemäßigten Appetit empfinden, ist doch auch mit jenen Leuten zu rechnen, die erklären, morgens früh gar nichts essen zu können, und die sich auf eine Tasse Kaffee und ein winziges Brötchen beschränken.

